

PDG – Plenarsitzung vom 24. September

Freddy CREMER (ProDG-Fraktion)

### **Stellungnahme zur Regierungserklärung vom 17. September 2018**

Sehr geehrter Herr Präsident,

werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

Die letzte Woche vom Ministerpräsidenten vorgetragene Regierungserklärung würde ich wie folgt qualifizieren: **sie ist nachhaltig, ambitiös, visionär und zukunftsorientiert, transparent, gestalterisch, überprüfbar, die konkreten Maßnahmen sind finanzierbar, sie ist das Resultat eines kooperativen und partizipativen Prozesses.**

In meiner Stellungnahme werde ich selbstverständlich ausführlicher auf diese Qualitätsmerkmale näher eingehen.

Schmunzelnd erwähnte Ministerpräsident Paasch, dass eine Regierungserklärung nie objektiv sei.

Genau so subjektiv und voreingenommen wie diese Regierungserklärung sind die heutigen Stellungnahmen der Mehrheits- und Oppositionsparteien.

Je nach Blickwinkel wird über den grünen Klee gelobt oder das Regierungshandeln in Bausch und Bogen verdammt. Ersteres tun meist die Mehrheitsparteien, Letzteres wird meist von der Opposition praktiziert.

Die Rollen sind also klar verteilt.

Diese Feststellungen sind keine großartigen politischen Erkenntnisse, dies sind lediglich Binsenweisheiten.

Doch jetzt zu Wichtigerem.

## **Die Regierungserklärung beinhaltet eine finanzierbare politische Vision:**

Selbst wenn eine Regierungserklärung nie ganz objektiv ist, so lässt sie sich im Umkehrschluss aber auch nicht auf eine rein subjektive Darstellung reduzieren. Dies ist alleine schon deshalb nicht möglich, weil das, was in der Regierungserklärung dargelegt und vorgeschlagen wird, in nur wenigen Wochen in konkrete und überprüfbare Haushaltszahlen gegossen werden muss. Denn der Haushalt, der in wenigen Wochen von der Regierung hinterlegt und Anfang Dezember an drei Tagen an dieser Stelle diskutiert wird, ist nichts anderes als die in nüchterne Haushaltszahlen gegossene Regierungserklärung der vergangenen Woche.

An diesem Kriterium muss sich aber auch die Opposition messen lassen.

Sie kann nicht mehr bloß vollmundig Pauschalkritik üben. Sie muss ihre Vision der Dinge darlegen und mit derselben Ernsthaftigkeit aufzeigen, wie sie – falls sie das politische Ruder halten würde - die nun mal begrenzten Haushaltsmittel einsetzen würde. Wo würde die Opposition einsparen? Wo Finanzmittel umschichten? Welche Projekte würde sie fallen lassen? Welche neuen Projekte würde sie initiieren?

.  
Dabei gelten für die Mehrheit wie für die Opposition dieselben Parameter: Haushaltsmittel sind immer begrenzt; 1.000 Euro sind immer nur 1.000 Euro und 1 Euro kann immer nur einmal ausgegeben werden. Und über allen und allem wacht als neutrale Instanz der Rechnungshof.

Die ProDG-Fraktion - und dasselbe gilt sicher auch für die Kolleginnen und Kollegen von der PFF und der SP – sind davon überzeugt, dass diese Regierungserklärung eine klare, überprüfbare, nachhaltige, visionäre und vor allem auch finanzierbare politische Perspektive für die Menschen in unserer Gemeinschaft aufzeigt.

Und diese strategischen Ziele sind langfristig finanzierbar, ohne dass die Regierung von dem selbstgesetzten Ziel des ausgeglichen Haushalts abweichen muss.

Auch wenn die Opposition den ausgeglichenen Haushalt als „politische Bagatelle“ darstellt, weiß jeder, der sich auch nur oberflächlich mit Finanzen von politischen Gemeinwesen beschäftigt, dass diese „schwarze Null“ das Ergebnis einer langfristigen und umsichtigen Finanzpolitik war und ist.

Dass dies die Opposition wurmt und verärgert, kann ich nur allzu gut verstehen. Deshalb versucht sie, den ausgeglichenen Haushalt entweder klein oder madig zu reden.

Doch – wie eben schon gesagt – es gibt noch die neutrale Instanz des Rechnungshofs, dessen Einschätzung und dessen Testat bezüglich des Haushalts mir wichtiger sind als das Gezeter der Opposition.

### **Die Regierungserklärung umfasst eine nachhaltige, gestalterische und partizipative Vision.**

In der Regierungserklärung zu Beginn der letzten Sitzungsperiode dieser Legislatur ging Ministerpräsident Paasch auf die Leistungen der vergangenen vier Jahre ein.

Dies ist ganz normal, denn die politische Arbeit in der Sitzungsperiode 2018 – 2019 steht ganz in der Kontinuität der seit 2014 geleisteten Arbeit.

Heute wird kein neues politisches Programm entworfen. Es gibt keine politische Kehrtwende.

Es bedarf auch keineswegs einer solchen Kehrwende oder eines solchen Programmwechsels.

Denn die von mir so eben genannte Kontinuität besteht nicht erst seit Beginn dieser Legislaturperiode. Diese Kontinuität kann man in den letzten Legislaturperioden zurückverfolgen.

Auch wenn weder der Begriff „Regionales Entwicklungskonzept“ noch das Kürzel „REK“ sich großer Bekanntheit in der ostbelgischen Bevölkerung erfreuen, so ist es doch von grundlegender Bedeutung, dass vor 10 Jahren nach langen Vorarbeiten, an denen viele Akteure aus allen Bereichen beteiligt waren, das erste Regionale Entwicklungskonzept aus der Taufe gehoben wurde.

Ministerpräsident Paasch wies in seiner Regierungserklärung zurecht darauf hin, dass es nicht auf die Verpackung, sondern auf den Inhalt ankomme.

Vor zehn Jahren wurde die politische Vision „Ostbelgien leben 2025“ entwickelt, die in der Legislatur 2009 – 2014 und in der laufenden Legislaturperiode systematisch Schritt für Schritt umgesetzt wurde und bis zum Ende der Legislatur weiter systematisch umgesetzt wird. Für die laufende Legislatur wurde auf der Basis des ersten Konzepts ein zweites REK mit drei Querschnittsprojekten und 24 Zukunftsprojekten ausgearbeitet. Von den über 500 konkreten Maßnahmen des REK II konnten bis

heute bereits 83% umgesetzt werden und bis zum Ende der Legislatur wird mit ganzer Energie an den noch zu verwirklichenden Maßnahmen gearbeitet.

Niemals in der noch jungen Geschichte unserer Autonomie ist über mehrere Legislaturperioden so zielgerichtet und so konsequent an der Verwirklichung einer politischen Vision gearbeitet worden.

Wenn unsere Gemeinschaft heute in so vielen Zuständigkeitsbereichen so gut aufgestellt ist, dann ist dies, davon bin ich fest überzeugt, vor allem dem Umstand dieser strategischen Zielgerichtetheit und dieser politischen Kontinuität zu verdanken.

Dies könnte ich mit unzähligen Beispielen aus allen Politikfeldern, für die die DG zuständig ist, belegen. Aber dann müsste ich die Regierungserklärung der vergangenen Woche wiederholen.

Verstehen wir uns recht, werte Kolleginnen und Kollegen, ein REK ist kein in Marmor gemeißeltes politisches Dogma. Selbstverständlich gibt es immer wieder Anpassungen und Justierungen. Und selbstverständlich muss auch im Rahmen eines Regionalen Entwicklungskonzeptes auf neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen reagiert werden.

Aber ein Entwicklungskonzept verhindert, dass ein politischer Schlingerkurs gefahren wird, der meist nur in politischen Aktionismus ohne erkennbare langfristige Ziele mündet.

Ich bemühe noch einmal den Vergleich, den ich an dieser Stelle schon wiederholt gezogen habe. Das REK ist wie ein Navigationssystem. In einem Navi wird das Ziel eingegeben und der bestmögliche Weg festgelegt. Dieser Routenplan ist aber auch jederzeit abänderbar, wenn es unvorhersehbare Zwischenfälle oder Hindernisse gibt.

Genauso verhält es sich mit dem politischen Navigationssystem, dem man den Namen „Regionales Entwicklungskonzept - Ostbelgien Leben 2025“ gegeben hat.

Dieses Polit-Navi legt das Ziel fest. Dieses Ziel ist die Vision für Ostbelgien als Grenzregion, Wirtschaftsregion, Bildungsregion, Solidarregion und Lebensregion für das Jahr 2025.

In diesem politischen Navigationsinstrument sind auch die Zukunftsprojekte und die Maßnahmen festgelegt, die konsequent Schritt für Schritt umgesetzt werden müssen, um dieses langfristige Ziel zu erreichen.

Verzögerungen kann es geben, Maßnahmen müssen gegebenenfalls angepasst oder vervollständigt werden, neue Maßnahmen sind eventuell erforderlich.

Aber eines ist gewiss, dass langfristige Ziel wird man niemals aus den Augen verlieren. Dies ist gerade in politisch turbulenten Zeiten wichtig, wenn es gilt, klare Orientierungspunkte zu haben.

Regelmäßig hinterlegte die Regierung einen detaillierten mit Zahlen belegten Fortschrittsbericht bezüglich der Umsetzung des REK. Der letzte Zwischenbericht wurde allen Parlamentariern vergangene Woche zeitgleich mit dem Text der Regierungserklärung ausgehändigt.

In diesem Zwischenbericht wird detailliert der Stand der Dinge in den einzelnen Projekten und bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen dokumentiert.

Ich frage Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, kann Regierungshandeln transparenter sein? Die Regierung geht damit sogar ein gewisses Risiko ein, denn sie zeigt der Opposition, in welchen Projekten und bei welchen Maßnahmen es Verzögerungen in der konkreten Umsetzung gibt.

Diese Vision ist nicht im stillen Kämmerlein oder im elfenbeinernen Turm entstanden.

An der Entwicklung dieser Vision haben viele Menschen aus allen gesellschaftspolitischen Bereichen mitgewirkt. Und die gleiche Feststellung gilt für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen; es bedarf der konkreten Mitarbeit von unzähligen Menschen in unserer Gemeinschaft.

Das ostbelgische Entwicklungskonzept wurde MIT den Akteuren festgelegt und es wird in Zusammenarbeit MIT den Akteuren umgesetzt.

Dies ist übrigens die wichtigste Gelingensbedingung für ein nachhaltiges Regionales Entwicklungskonzept.

Ein solches Entwicklungskonzept hat nur dann eine wirkliche Chance, wenn die Menschen einer Region bei der Ausarbeitung und bei der Umsetzung dieses Konzeptes von Anfang an mit dabei sind.

Genau diesen partizipativen Aspekt betonte Ministerpräsident Paasch als er gegen Ende seiner Regierungserklärung zu einem breiten Dialog bei der Ausarbeitung des 3. Regionalen

Entwicklungskonzeptes, das in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden soll, aufrief.

Ich verstehe wirklich nicht die Kollegen der ECOLO-Fraktion, wenn sie, wie in der GrenzEcho Ausgabe von Samstag nachzulesen, behaupten, dass „die Zivilgesellschaft immer mehr verstaatlicht wird“, dass die DG die Kommunen „in eine Art Abhängigkeitsgefühl manövriert habe – ein Gefühl, das keinen Raum für neue, kreative Ideen lasse.“

Ich war über diese Aussagen, sofern sie denn richtig im GrenzEcho wiedergegeben sind, sehr überrascht. Im Gegensatz zu den Kollegen von ECOLO bin ich der festen Überzeugung, dass Politik in unserer Gemeinschaft noch nie so offen, partizipativ und transparent gestaltet wurde, so wie es der Fall seit der Entwicklung des ersten Regionales Entwicklungskonzeptes ist.

Noch nie wurden so viele Bürger unserer Gemeinschaft so intensiv sowohl in die Entwicklung einer politisch-strategischen Vision für unsere Gemeinschaft als auch in die Verwirklichung dieser Ziele eingebunden.

Dies belegen übrigens die Ergebnisse der im Sommer 2018 durchgeführten forsa-Umfrage. Ich zitiere aus dem forsa-Bericht: „Im Vergleich zu den Befragungen aus den Jahren 2011 und 2014 ist der Anteil derer, die meinen, es gebe in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und in ihrer Gemeinde genügend Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten, weiter angestiegen.“ (Seite 39)

Von 47 % im Jahre 2011 ist der Anteil derjenigen, die dies für die DG-Ebene bejahen, im Jahre 2018 auf immerhin 60% angestiegen.

Dieser Wert kann und muss noch weiter verbessert werden. Auch wir als Parlament müssen weiter nach Möglichkeiten der noch engeren Einbindung der ostbelgischen Bürger in die Politikgestaltung suchen und offen sein für jedes Angebot der Bürgerbeteiligung.

Aber mir ist angesichts dieser Umfrageergebnisse vollkommen schleierhaft, wie die ECOLO-Kollegen von einer zunehmenden Verstaatlichung der Zivilgesellschaft in unserer Gemeinschaft reden können.

Genau so rätselhaft und unerklärlich ist die von ECOLO gemachte Feststellung, dass Bürgerbeteiligung und Demokratie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nur Fassade seien. Als Beleg für diese doch sehr gewagte Behauptung wird angeführt, dass es bis heute keine Informationen zur geplanten zweiten Runde des Bürgerdialogs gebe, der nur dann gut funktionieren könne, wenn er vernünftig vorbereitet werde.

Selbstverständlich muss ein Bürgerdialog gut vorbereitet werden. Das wissen wir alle aus der ersten Runde des Bürgerdialogs. Und genau das geschieht zum jetzigen Zeitpunkt.

Mir ist vollkommen unverständlich wie die ECOLO-Mandatare dies anzweifeln können.

Herr Mockel, in Sachen Bürgerbeteiligung verfügen Sie genau über die gleichen Informationen wie alle anderen Präsidiumsmitglieder, nämlich, dass sich im Sommer 2018 eine hochrangige Expertengruppe mit den weiteren Möglichkeiten zur Einführung der partizipativen Demokratie in der DG beschäftigt hat und dass diese Expertengruppe zur nächsten Präsidiumssitzung, die für den 8. Oktober terminiert ist, eingeladen wird, wo sie die Schlussfolgerungen ihres Kolloquiums und ihre Empfehlungen für ein weiteres Vorgehen in Sachen Bürgerdialog vorstellen soll.

Ein weiterer Vorschlag, den Herr Mockel ebenso gut kennt wie wir, ist der, dass die nächste Runde des Bürgerdialogs nicht vor den Wahlen 2019 stattfinden wird, um eine eventuelle parteipolitische Vereinnahmung dieses Dialogs zu verhindern.

Es bleibt also noch viel Vorbereitungszeit und selbstverständlich wird, genau wie beim ersten Bürgerdialog, das Parlament in die Vorbereitungsarbeiten eingebunden. Wenn Kollege Mockel mutmaßt, dass das Parlament irgendwann vor vollendete Tatsachen gestellt werde, ist das grober politischer Unfug, den man nur der Kategorie „Fake News“, oder der Kategorie der bewussten Falschmeldungen zuordnen kann.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Feststellung, dass laut der repräsentativen forsa-Umfrage, immerhin 75 % mit der Politik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zufrieden sind – ein Wert, der um 11 % höher liegt als noch im Jahre 2011 ist für mich ein weiterer Beleg dafür, dass sich die Politik in unserer Gemeinschaft keineswegs von den Bürgern entfremdet hat, ansonsten würde nicht ein solch positives Testat ausgestellt.

Der gleiche partizipative Ansatz stand und steht auch Pate bei der Gestaltung der uns in dieser Legislaturperiode übertragenen Befugnisse. Beispielhaft seien hier nur die erweiterten Befugnisse im Bereich der Beschäftigungspolitik genannt.

Die Gestaltung der neuen Zuständigkeiten orientiert sich dabei an der Methode, die Ministerpräsident Paasch zu Beginn der Legislaturperiode in seiner Regierungserklärung vom 16. September 2014 festlegte. Er sagte: „Die Regierung setzt dabei auf Dialog und Zusammenarbeit mit den betroffenen und mit den Partnern, insbesondere mit den Gemeinden, den Sozialpartnern und dem Wirtschafts- und Sozialrat. Wir werden selbstverständlich auch mit den zuständigen Ausschüssen des Parlaments regelmäßig über den Fortschritt der Überlegungen und Arbeiten austauschen.“

Und genau das ist geschehen.

Zur Gestaltung der übertragenen Befugnisse im Bereich der Beschäftigungspolitik wurde eigens eine AG-Beschäftigung gebildet, in der alle wichtigen Akteure aus diesem Bereich vertreten waren.

Gerade an diesem Beispiel lässt sich auch exemplarisch zeigen, dass Kompetenzerweiterungen keineswegs ein Selbstzweck, sondern lediglich ein Mittel oder ein Hebel sind, um passgenaue Antworten auf die Herausforderungen in unserer Gemeinschaft zu finden.

Dieser konkrete Mehrwert für die Menschen in unserer Gemeinschaft ist der einzig gültige Maßstab für die Bewertung der uns übertragenen Zuständigkeiten.

Und genau so werden wir es in Zukunft handhaben, wenn nach der Übertragung des Wohnungsbaus, der Raumordnung und der Energiepolitik von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft diese neuen Zuständigkeiten in einer zweiten Phase auf den Prüfstand gelegt und an die direkten Bedürfnisse und Belange in unserer Gemeinschaft angepasst werden.

Auch dies wird im ständigen Dialog mit allen relevanten Akteuren aus den verschiedenen Bereichen erfolgen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend noch einmal klar und deutlich auf den Zusammenhang zwischen Regierungserklärung, REK und Haushalt hinweisen.



Die in der vergangenen Woche an dieser Stelle vorgetragene Regierungserklärung, die auf den im REK festgelegten langfristigen politischen Perspektiven für unsere Gemeinschaft aufbaut, wird in den Haushaltszahlen ihren konkreten Niederschlag finden müssen.

Das Regionale Entwicklungskonzept, die Regierungserklärung und der von der Regierung zu hinterlegende Haushalt bilden ein Ganzes

Bildlich könnte man diese drei Teile mit einem Triptychon vergleichen: das Mittelbild ist das Regionale Entwicklungskonzept, die Regierungserklärung und der Haushalt sind die beiden Flügelbilder

Diese Regierungserklärung zeugt von großer Kontinuität, sie setzt die richtigen Schwerpunkte und ist somit ein weiterer Meilenstein in der Verwirklichung der langfristigen und nachhaltigen politischen Vision für Ostbelgien.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Freddy Cremer

ProDG-Fraktion

